

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 Pf. incl. Post-Aufschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Bezirksamt für England 3 R. 15 Pf., für Frankreich 4 R. 24 Pf., für Belgien 2 R. vierjährl. In Warschau bei d. K. K. Postämtern 4 No. 33 Kop. In Russland laut K. Postzare.

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Von den hiesigen Stadtbehörden ist die Aufnahme einer fünfsprozentigen Anleihe von drei Millionen Thaler durch Ausgabe neuer Stadtobligationen beschlossen worden. Eine Bekanntmachung des Magistrats enthält die Bedingungen, unter welchen von heute ab eine allgemeine Subscription auf diese Anleihe eröffnet wird.

München, 8. Juni. Bei Gründung der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten waren die Galerien dicht gefüllt, auch die Loge für das diplomatische Corps stark besetzt. Abg. Prof. Edel verlas den Entwurf zur Adresse und motivierte dann denselben: Noch keiner Bayerischen Kammer sei eine so wichtige Aufgabe gestellt worden, wie der gegenwärtigen. Wir ständen am Abgrund des schrecklichsten der Kriege, des Bürgerkrieges. Nur schwache Hoffnung bestände noch, daß wir dieser Gefahr entgehen. Die Urväter Deutschlands, diejenigen, an welche sich die besseren Erinnerungen des Vaterlandes knüpfen, Bayern, Franken, Schwaben und Sachsen, schienen vom Schauplatze der Geschichte verschwunden; man höre nur noch von Österreich und Preußen und ganz nebenbei von dem übrigen Deutschland. Die beiden Deutschen Großmächte hätten seit 1815 dem Vaterlande wenig Heil gebracht; ihr regelmäßiges Verhalten zu einander sei das des Antagonismus gewesen. Eben so wenig habe die Einheit der Großmächte Deutschland Heil gebracht; sie seien nur einig gewesen, um jede freie Regierung niederzuwalten. So sei es gewesen zu der Zeit Metternich's und Hardenberg's, Schwarzenberg's und Manteuffel's, Nechberg's und Bismarck's. Beide Deutsche Großmächte suchten ihre Stellung zu Deutschland möglichst zu ihrem Vortheile auszubeuten. Deutschland sei für sie Objekt, "Machtgebiet" gewesen. Indessen sei die Selbstständigkeit und Individualität Deutschlands nicht von Österreich bedroht, die Gefahr liege auf Seite Preußens, in welchem sich der Glaube an einen besonderen, höheren weltgeschichtlichen Beruf für sich selbst und Deutschland ausgebildet habe und die Meinung, Preußen müsse sich vergrößern auf Kosten des übrigen Deutschlands. Seit Jahrzehnten sei die Verwirklichung dieser Pläne gefördert und auch vom übrigen Deutschland mitgenährt und mitunterstützt worden. Die erste Periode der Durchführung der Preußischen Zwecke sei die der moralischen Eroberungen gewesen; sie sei bekanntlich läufiglich gescheitert. Die zweite sei die von Blut und Eisen, und in dieser ständen wir jetzt. Die frommen Ritter der Legitimität, die vor wenigen Jahren dem Helden von Gaeta gehuldigt und ihm einen silbernen Schild zugesandt, diese frommen Ritter, die Victor Emanuel als Raubkönig mit Schmach und Verwünschungen überhäuft, hätten nun eben diesen Raubkönig in den Himmel der Legitimität eingeführt; und der Führer der Rebellenhorden, Garibaldi, habe als wohlbestallter Königl. Italienischer General alle Aussicht, seine Brust mit Roten und Schwarzen Adlerorden geschmückt zu sehen. (Heiterkeit.) Es schilderte das in Preußen herrschende Regierungssystem und die Wirkungen dieses Regierungssystems mit den schwärzesten Farben. So lange ein solches Regierungssystem herrsche, könne von einem Deutschen Berufe Preußen keine Rede sein. Das Deutsche Volk verlange ein Parlament, aber vergeblich ein Parlament aus der Hand Bismarcks. Kein Deutsches Parlament werde sich das Spiel gefallen lassen, das mit der Preußischen Volksvertretung getrieben werde. In ein Bismarck'sches Parlament werde das Deutsche Volk nicht gehen, weil es erwarten müsse, daß die Führer dieses Parlamentes ins Exil oder in den Kerker geschickt würden. In dieser trüben, schrecklichen Zeit gebe es nur zwei erfreuliche Erscheinungen, die Friedensliebe des Preußischen Volkes und der Deutsche Patriotismus der Rheinländer. Schließlich äußert er über den Geist des Adress-Entwurfs: der erste Zweck desselben sei, wo möglich Alles für Erhaltung des Friedens zu thun, aber nur für die Erhaltung eines ehrenvollen Friedens und mit Garantien für alle Zukunft durch parlamentarische Einrichtungen. Der zweite Grundgedanke sei: Festhalten am Rechtsboden, Festhalten des gesammten Deutschlands am Bundesrecht, so lange wir noch ein Bundesrecht haben, an dem Rechte Schleswig-Holsteins, an dem Rechte jedes einzelnen Bundesstaates und an unserm eigenen Rechte mit Geltendmachung aller Schutzmittel, die das Völkerrecht für den Schutz des eigenen Rechtes im Lande oder Staate gewähre. Der dritte Grundzweck sei: daß, wenn ein Krieg nicht vermieden werden sollte, der Krieg, in den Bayern einzutreten habe, nur durch die Bundespflicht geboten sein könne, daß aber Bayern auch bereit sein müsse, die Bundespflichten zu erfüllen. Eine allgemeine Debatte fand nicht statt, es wurde sofort zu einzelnen Abhängen der Adresse übergegangen und dieselbe auf Vorschlag des Präsidiums gruppenweise berathen. Staats-Minister v. d. Pfordten sprach sich zu Ab. 10 und 11 über die Parlamentsfrage folgender Maßen aus:

Die Bayerische Regierung hat es seit dem Jahre 1848 als ein Bedürfnis anerkannt, daß in der Gesamtheit Deutschlands ein parlamentarisches Element zur Geltung kommt, und sie hat sich zu allen Seiten und in allen Wechseln für bereit erklärt, hierzu mitzuwirken. Sie hält diesen Gedanken auch jetzt fest. In dem Augenblid, wo die beiden Deutschen Großmächte die Hand dazu bieten, eine solche Vertretung der ganzen Deutschen Nation zu schaffen, wird die Bayerische Regierung diese Hand augenblicklich ergreifen und über das Wie und Wann nicht lange discutiren. Dann wird auch die Frage des Wahlgesetzes eine ganz untergeordnete Bedeutung haben, und dann wird man auch nicht darüber streiten, bis zu welchem Grade der Verfassungsentwurf ausgearbeitet sein muß, über den man sich mit der Nationalvertretung einigt. Der Augenblick, in welchem sich die beiden Großmächte über einen solchen Gedanken geeinigt haben werden, wird das Ende unserer nationalen Not sein, und in jenem Augenblid noch Schwierigkeiten zu bereiten, wird der Bayerischen Regierung so wenig wie irgend einer anderen eintreffen; aber eben so bestimmt und offenspreche ich es aus: mit einer der beiden Deutschen Großmächte allein darf die Bayerische Regierung sich nicht in eine solche Verhandlung einlassen. Wenigstens sage ich es für mich. Es ist meine feste Überzeugung, die mich hindern würde, zu einem solchen Werke mitzuwirken. Eine solche angebliche Neugestaltung Deutschlands, ohne die eine der beiden Deutschen Großmächte, wäre die Bereitung Deutschlands und das Ende seiner nationalen Existenz. Ich mag hier gar keinen Unterschied, von welcher der beiden Deutschen Großmächte es sich handelt. Es bleibt mir nur übrig, von dem dritten Gedanken zu reden, von dem sogenannten "Brotergparlament" (des Trias-Planes). Die Regierung als solche würde diesen Gedanken schwerlich hier angeregt haben, denn sie fühlt, an welchen Klippen er zu schettern droht, und daß die Gefahr dieses Scheiterns um so größer sein muß, wenn er von der Bayerischen Regierung ausgeht. Sie hat daher erwartet, ob dieser Gedanke in Ihrer Mitte angeregt werden wird, und nachdem dies geschehen, glaube ich mich darüber auszusprechen zu können und auszusprechen zu sollen. Allerdings ist derselbe nicht ideal: ein Parlament unter möglichst vielen anderen Deutschen Staaten mit Ausschluß von Österreich und Preu-

ßen. Aber so wenig es im Leben der Individuen möglich ist, nur idealen Zielen nachzustreben und sich um die Realität nicht zu bemühen, so wenig, ja, noch viel weniger ist dies im Staatsleben möglich. Wer nur Ideale ins Auge sieht, wird in der Regel gar nichts erreichen und mit dem Scheitern seiner Hoffnungen und Träume sich begnügen müssen. Die Realität aber, die Erfahrung, die wir seit dem Jahre 1848 gemacht haben, die predigt, meine ich, sehr deutlich. Jenes große Ideal, die Vereinigung aller Stämme Deutscher Nation, aller derzeitigen Staaten, welche wir jetzt als Deutsche erkennen und als Deutsche der Zukunft erhalten wünschen wollen, in einem großen Ganzen auf parlamentarischer Grundlage, das ist jetzt nicht erreichbar und wird es noch auf längere Zeit nicht sein. Es fragt sich also, ob man dieser Unmöglichkeit gegenüber auf jeden Anfang zu einer besseren Gestaltung der Verhältnisse verzichten soll, und dies glaubt allerdings die Bayerische Regierung nicht. Sie glaubt, daß, wenn Ideale nicht zu erreichen sind, es Aufgabe der Staatskunst sei, das Mögliche anzustreben, um nicht in Vollständiger Unfähigkeit die Hände in den Schoß zu legen. Wenn Sie sich also für die Gedanken empfehlend aussprechen, so wird die Bayerische Regierung hierin einen Grund und eine Ermunterung finden, diesen Gedanken aufzugreifen und so viel wie möglich zu verwerten. Ich will mich hiermit begnügen und nur eins noch hinzufügen, daß die Regierung mit dem einverstanden ist, was auch in Ihrer Mitte ausgesprochen worden ist. Wenn Bayern diesen Gedanken an die Berufung eines Parlaments aufreißt, so muß dies mit völliger Uneigennützigkeit geschehen, sonst ist sein Scheitern von vornherein gewiss. Wir müssen nicht von Hegemonialgedanken ausgehen, sondern von Gedanken der Hingabe. Darum, daß Bayern größer und mächtiger ist als die Bundesgenossen, hat es nur das Auge ins Auge zu lassen, daß dieses Verhältnis ihm größere Pflichten auferlegt, als den übrigen.

Österreich.

Wien, 10. Juni. Der Einmarsch der Preußen in Holstein wird von sämtlichen Blättern mit einem großen Aufwand von Entrüstung besprochen. Die "Neue Freie Presse" meint, daß dadurch auch ohne einen Zusammentrieb der Preußen mit der Brigade Kalif, der Kriegsfall gegeben sei; sie fordert Europa auf, davon Alt zu nehmen, daß die Offensive nicht von Österreich, sondern von Preußen, und noch dazu unter Umständen ergriffen worden sei, wo die numerische Schwäche des Gegners die berechtigte Empfindlichkeit des militärischen Empfindsamkeits bis zum Neuzersten erhöhe. — Die "Ost. Post" denkt über den casus belli anders; sie bedauert, daß die Österreicher sich ohne Schuß auf Altona zurückgezogen hätten; sie fahrt darauf fort: „Doch man nicht durch einen kurzen Widerstand demonstrierte, daß Preußen den Krieg begonnen hat, das versetzt uns jetzt in eine eigenthümliche Lage. Wir werden jetzt in Schlesien den Krieg beginnen müssen, und wer weiß, ob nicht manche von dem blassen Wunsche nach Neutralität angekränkelte Deutsche Mittelmacht jetzt an den Buchstaben des bekannten ersten Artikels der Bundesverfassung sich anklammern und behaupten wird, die erste Macht, die angegriffen habe, sei Österreich gewesen!“ Hätte ein Österreichischer Wachtposten von nur wenigen Mann sich dem Einmarsch mit gefälltem Bayonette widersetzt, und wären es nur wenige Schüsse, die gefallen wären, dann würde Niemand bestreiten können, daß Preußen die Gewaltthätigkeiten begonnen. Wie aber heute die Sachen stehen, so befinden wir uns in einem advocatischen Prozeß über die Frage, ob der Gasteiner Vertrag gebrochen ist oder nicht, und wenn Österreich seine Auffassung mit dem Schwerte in der Hand vertritt, so werden wenigstens seine Gegner sagen, Österreich habe zuerst den Frieden gebrochen. Die Brigade Kalif hätte nach unserer Überzeugung in den Stand gelegt werden müssen, die Österreichische Fahne in den Herzogthümern aufrecht zu erhalten und das Pivot der Deutschen Bundes- und Executionstruppen zu werden, oder sie müßte wenigstens durch einen kurzen Widerstand den casus belli demonstriren und aller Welt zeigen, daß und wodurch der Krieg begonnen hat und wer der angreifende Theil gewesen.“

Wie der "Debatte" geschrieben wird, ist vom Kaiser nun mehr bestimmt worden, daß das in Galizien organisierte Krakauensecorps, sobald es mit seiner Ausrüstung vollkommen fertig sein wird, zur Nordarmee zu stoßen habe, während das Steierische Alpenjägerkorps der Südarmee einverlebt werden soll.

Die Cigarren-Presse sind plötzlich zur Bestürzung der Raucher erhöht. Die "Wiener Zeitung" zeigt an, daß die Preiserhöhung erfolgt sei wegen des rapiden Steigens des Silber-Agius.

Frankreich.

Paris, 10. Juni. Das Europäische Publikum wird wohl thun, von Rouher's Auflösungen über die Napoleonische Politik nicht zu viel zu erwarten; es wird am Freitag wohl bei einer Variation auf das Thema von der freien Hand bleiben. Was kann man auch vorläufig mehr erwarten? Die Französischen Interessen sind heute noch, was sie am 3. Mai waren, wo Rouher sich darüber in delphischen Sprüchen erging; die Entwicklung in Deutschland und Italien ist freilich getrieben, die Lage für Frankreichs wahren Frieden aber ungleich fester geworden, als vor vier Wochen. Die Pariser freilich, die so friedfertig thun, hatten gestern mit Bestimmtheit den ersten Schlachtrichter erwartet und reiben sich heute die Augen. „Ganz Europa“, so schildert die „France“ diese Enttäuschung, „war in Angst; man sagte und glaubte, daß das Einrücken der Preußen endlich das Signal zum Kriege sein werde; Ströme Blutes sollten fließen, man erwartete das Bulletin der ersten Schlacht, — nun stehen die Preußen schon achtundvierzig Stunden in Holstein und noch immer kein Aufschluß über den Krieg, das Gesetz verwandelt sich in ein Fest, statt sich die Hände zu brechen, umarmte man sich, statt der Kanone spielte die Flöte, die Füllade wurde zur Serenade. Was soll das heißen und wie lange noch sollen diese unverhofften Kundgebungen dauern, die Europas Aufregung verspiotten?“ fragt die „France“ verblüfft in einem Artikel: „Les serenades prussiennes“, um in einem zweiten Artikel: „Etincelle“, nach dem Fünfchen zu spähen, und sie findet dieses in Bismarck's Depêche vom 4. Juni, in welcher der Österreichische Bunkerott denuncirt werde; doch traut sie dem Wiener Hofe die Schlauheit zu, daß er bei dieser Depêche zwar vor Wuth bersitzen, aber einen anderen Grund suchen werde, um den Krieg zu erklären, und diese Veranlassung solle, wie es heißt, die Holsteiniße Ständefrage bieten; die Verhinderung der von Österreich einberufenen werde Franz Joseph als Casus belli behandeln, so daß am Dienstag vielleicht das Fünfchen zum Vorschein komme, wobei jedoch nicht zu vergessen, daß es sich um Deutsche handle, die bei Händeln immer unberechenbar seien.

Amerika.

Newyork, 30. Mai. Die Fenier in Cincinnati bereiten, wie es heißt, einen Streifzug durch Canada vor. Eine

Truppe von 400 mit fliegenden Fahnen und von Anführern mit Seitengewehren commandiert, marschierten am 29. durch Clevland nach dem Osten. Viele Vereine im Lande haben die Autorität von Stephenson anerkannt, welchem beständig beträchtliche Geldsummen zufließen sollen.

An Bord des Dampfers „Union“ von Liverpool, welcher am 29. in Newyork anlangte, sind während der Überfahrt dreißig Todesfälle durch Choler a vorgekommen.

Über San Francisco eingetroffene Mittheilungen von Kaiserlichen besagen, daß Quaranten unter Corona die Stadt Hermofillo in Sonora eingenommen und geplündert und fünfzehnhundert Einwohner darunter 38 Fremde, niedergemordet hätten. Die Quaranten wären aber von Kaiserlichen wieder aus der Stadt vertrieben und weiter verfolgt worden.

Concurrenz.

Der Concours ist eröffnet über das "Vermögen" 1) des Kaufmanns Louis Meyer zu Berlin, Zahlungseinstellung 30. April, einstweiliger Verwalter Rentier G. Scheunemann, Termint 20. Juni; 2) des Weinhandlers Albert Wilhelm Gottlieb Buchholz, in Fürst Albrecht Buchholz, Zahlungseinstellung 19. Mai, einstweiliger Verwalter Kaufmann H. Flemming, Termint 23. Juni; 3) des Kaufmanns Carl Friedrich Rohrschneider, Inhaber der Firma C. F. Rohrschneider zu Potsdam, Zahlungseinstellung 7. Juni, Verwalter Kaufmann Albert Wilhelm Conradti sen., Termint 18. Juni; 4) des Kaufmanns Fuchs zu Riegenfeld (Kreisgericht Neisse), Zahlungseinstellung 4. Juni, Verwalter Rittergutsbesitzer Waleckto, Termint 20. Juni; 5) des Kaufmanns E. Birkenfeld zu Münsterberg, Zahlungseinstellung 30. Mai, Verm. Justiz. König daz. Termint 27. Juni; 6) des Kaufmanns Isaac Salinger zu Callies (Kreis Dramburg), Zahlungseinstellung 5. Juni, Termint 15. Juli; 7) des Kaufmanns Bernhard Litten zu Königsberg in Pr., Zahlungseinstellung 31. Mai, Verwalter Justizrat Boromst, Termint 22. Juni; 8) des Kaufmanns M. E. Wallmann in Nakel, Kreisgericht Lobsens, Zahlungseinstellung 3. Juni, Verwalter Kaufmann Eduard Bartovetski, Termint 22. Juni; 9) des Möbelhändlers u. Sattlermeister Aug. Alb. Lindner in Belgard, Zahlungseinstellung 16. Mai, Verwalter Kaufmann Joseph Zander, Termint 21. Juni; 10) des Kaufmanns Bernstein zu Ratibor, Zahlungseinstellung 31. Mai, Verwalter Kaufmann S. Goldmann, Termint 16. Juni; 11) des Kaufmanns Louis Elsick zu Neidenburg, Zahlungseinstellung 30. Juni, Verwalter Rechtsanw. Tolki, Termint 21. Juni.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Juni. Der "Staats-Anz." und die "Allg. Zeit." bringen die Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung, welche den Deutschen Regierungen vom Preußischen Cabinet durch Erlass vom 10. d. M. zur Erwägung mitgetheilt worden sind. Die wesentlichen Punkte derselben sind folgende: Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehörten, mit Ausnahme der Kaiserlich Niederländischen Landesteile. — Die gesetzgebende Gewalt des Bundes wird auf denjenigen Gebieten, welche derselben zugewiesen sind, von dem Bundestag in Gemeinschaft mit einer periodisch zu berufenden National-Vertretung ausgeübt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Übereinstimmung der Mehrheit des Bundestages mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend. — Die Umgestaltung des Bundestages ist unter den Bundes-Regierungen und mit dem nach dem Preußischen Antrage vom 9. April zu berufenden Parlamente zu vereinbaren. — Die National-Vertretung geht aus direkten Wahlen hervor, welche nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmen sind. (Folgen die bereits bekannten Bestimmungen über einheitliches Zoll-, Münz-, Post-, Gerichtswesen u. s. w.) — Die Bundesgewalt hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden, so wie Bündnis und Verträge zu schließen, in völkerrechtlicher Vertretung des Bundes Gesandte zu ernennen und zu empfangen. — Die Kriegs-Marine des Bundes mit den erforderlichen Hafen- und Schiffssahrts-Anlagen wird nach folgenden Grundzügen eingetheilt: Die Kriegs-Marine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter Preuß. Oberbefehl. Bei Errichtung der Offiziere und Beamten concurrenzen die Küstenstaaten auf Grund besonderer Vereinbarungen. Die Landarmee des Bundes wird in 2 Bundesheere eingetheilt, die Nordarmee und die Südarmee. In Krieg und Frieden ist Se. Majestät der König von Preußen Bundes-Oberfeldherr der Nordarmee, Se. Majestät der König von Bayern Bundes-Oberfeldherr der Südarmee. — Der Oberbefehlshaber hat das Recht, in den nach seiner Überzeugung dringenden Fällen die kriegerische Aufstellung jedes Theiles der von ihm befehligen Bundesarme innerhalb des Gebietes des letzteren, vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluss, anzuordnen und verpflichten sich die Bundesregierungen, eine solche Anordnung in Betreff ihrer Contingente unverzüglich auszuführen. — Die Beziehungen des Bundes zu den Deutschen Landesteilen des Österreichischen Kaiserstaates werden nach erfolgter Vereinbarung über dieselben mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt werden.

Nach einer Correspondenz der "Nord. Allg. Zeit." aus Schleswig sind die Regierungsräthe v. Stemann, Lesser I., Kraus, Wenckebach und Reimers durch die Preußische Verwaltung aus ihren Ämtern entlassen.

Während der großen Hitze der letzten Wochen sind unter den marschierenden Truppen trotz aller von den Vorgesetzten getroffenen Erleichterungen und Vorsichtsmahregeln mehrere Erkrankungen und auch einige plötzliche Todesfälle vorgekommen. Im Übrigen ist der Gesundheitszustand der Truppen ein so befriedigender, wie er unter den bestwaltenden Verhältnissen nur erwartet werden kann, und alle abweichenden Angaben sind völlig unbegründet.

(R. Allg. Zeit.)

Halle a. S., 12. Juni, 8 Uhr Morgens. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat die Firma A. W. Barnition & Sohn ihre Zahlungen eingestellt. Die Verbindung derselben mit den umliegenden Zuckerfabriken war überaus umfangreich und stehen deshalb Nachwirkungen in dieser Richtung zu befürchten.

Hamburg, 12. Juni, 9 Uhr 40 Min. Vormittags. Beauftragt durch Circular-Depesche des Grafen Bismarck vom 10. d. M., legte gestern der Preußische Gesandte Frh. v. Richthofen unserem Senate die Details des Preußischen Bundesreform-Projektes vor.

(Tel. d. B. B.-Ztg.)

Hamburg, 12. Juni. Die "Börsenhalle" meldet ein Telegramm aus Lima vom 14. Mai, daß die Spanische Geschwader, anscheinend stark beschädigt, am 10. Mai die Peruvinischen Gewässer verlassen und die Blokade aufgehoben habe.

(W. T. B.)

Altona, 11. Juni, Abends 10 Uhr. Soeben hat der F.M.R. v. Gablenz dem Erbprinzen von Augustenburg einen Besuch abgestattet.

(W. T. B.)

Altona, 12. Juni, Mittags. In der Mittagsstunde

